

Bekanntmachung
der Neufassung des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern

Vom 21. Dezember 2000
(BGBl. 2001 II S. 65 bzw. BStBl 2001 I S. 114)

Auf Grund des Artikels 4 des Gesetzes zu dem Protokoll vom 14. Dezember 1998 zur Änderung des am 3. Dezember 1980 in Bonn unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern vom 15. September 2000 (BGBl. II S. 1170) wird nachstehend der Wortlaut des Abkommens vom 3. Dezember 1980 in der durch das Protokoll vom 14. Dezember 1998 und den Notenwechsel vom 30. August 1999 geänderten Fassung bekannt gemacht. Die Neufassung berücksichtigt:

1. das Abkommen vom 3. Dezember 1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern (BGBl. 1982 II S. 846) und
2. das Protokoll vom 14. Dezember 1998 zur Änderung des in Nummer 1 genannten Abkommens sowie den Notenwechsel vom 30. August 1999 (BGBl. 2000 II S. 1170).

Berlin, den 21. Dezember 2000

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Eichel

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von
Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlass-,
Erbchaft- und Schenkungsteuern

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Vereinigten Staaten von Amerika –

von dem Wunsch geleitet, bei den Nachlass-, Erbchaft- und Schenkungsteuern die
Doppelbesteuerung zu vermeiden –

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Artikel 1
Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für

- a) Nachlässe von Erblassern, die im Zeitpunkt ihres Todes einen Wohnsitz in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten hatten, und
- b) Schenkungen von Schenkern, die im Zeitpunkt der Schenkung einen Wohnsitz in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten hatten.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

- (1) Die bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, sind
 - a) in den Vereinigten Staaten von Amerika: die Bundeserbschaftsteuer (Federal estate tax) und die Bundesschenkungssteuer (Federal gift tax) einschließlich der Steuer auf Übertragungen, bei denen eine oder mehrere Generationen übersprungen werden;

b) in der Bundesrepublik Deutschland: die Erbschaftsteuer (Schenkungssteuer).

(2) Dieses Abkommen gilt auch für alle Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungssteuern ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

Abschnitt II

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens

- a) bedeutet der Ausdruck „Vereinigte Staaten von Amerika“, im geographischen Sinne verwendet, die Bundesstaaten und den Distrikt Columbia. Der Ausdruck umfasst auch das Küstenmeer der Vereinigten Staaten von Amerika und den Meeresboden und Meeresuntergrund der an die Küste der Vereinigten Staaten von Amerika angrenzenden aber jenseits des Küstenmeers gelegenen Unterwassergebiete, über die die Vereinigten Staaten von Amerika in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht für die Zwecke der Erforschung und Ausbeutung der Naturschätze dieser Gebiete Hoheitsrechte ausüben;
- b) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“, im geographischen Sinne verwendet den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie die an die Hoheitsgewässer der Bundesrepublik Deutschland angrenzenden und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht in Bezug auf die Rechte, welche die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich des Meeresbodens und des Meeresuntergrunds sowie ihrer Naturschätze ausüben darf, steuerrechtlich als Inland bezeichneten Gebiete;
- c) bedeutet der Ausdruck „Unternehmen“ ein gewerbliches Unternehmen;
- d) bedeutet der Ausdruck „Unternehmen eines Vertragsstaats“ ein Unternehmen, das von einer Person mit Wohnsitz in einem Vertragsstaat betrieben wird
- e) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i) auf Seiten der Vereinigten Staaten von Amerika den Finanzminister (Secretary of the Treasury) oder seinen bevollmächtigten Vertreter und
 - ii) auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck

die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Vertragsstaats über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 Steuerlicher Wohnsitz

- (1) Eine natürliche Person hat im Sinne dieses Abkommens einen Wohnsitz
 - a) in den Vereinigten Staaten von Amerika, wenn sie dort ansässig ist oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika ist;
 - b) in der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie dort ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat oder aus anderen Gründen für die Zwecke der deutschen Erbschaftsteuer (Schenkungssteuer) als unbeschränkt steuerpflichtig gilt.
- (2) Hatte nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten einen Wohnsitz, so gilt vorbehaltlich des Absatzes 3 Folgendes:
 - a) Der Wohnsitz der natürlichen Person gilt als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügte. Verfügte sie in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt ihr Wohnsitz als in dem Vertragsstaat gelegen, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hatte (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
 - b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die natürliche Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hatte, so gilt ihr Wohnsitz als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte;
 - c) hatte die natürliche Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt ihr Wohnsitz als in dem Vertragsstaat gelegen, dessen Staatsangehöriger sie war,
 - d) war die Person Staatsangehöriger beider Vertragsstaaten oder keines der Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.
- (3) War eine natürliche Person im Zeitpunkt ihres Todes oder der Schenkung
 - a) Staatsangehöriger eines Vertragsstaats, ohne gleichzeitig Staatsangehöriger des anderen Vertragsstaats zu sein, und
 - b) hatte sie auf Grund des Absatzes 1 einen Wohnsitz in beiden Vertragsstaaten und

- c) hatte sie im anderen Vertragsstaat ihren Wohnsitz auf Grund des Absatzes 1 für die Dauer von nicht mehr als zehn Jahren gehabt, so gilt der Wohnsitz dieser Person und der zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitglieder, bei denen die gleichen Voraussetzungen vorliegen, ungeachtet des Absatzes 2 als in dem Vertragsstaat gelegen, dessen Staatsangehörige sie waren.
- (4) Eine natürliche Person, die im Zeitpunkt ihres Todes oder der Schenkung in einer Besetzung der Vereinigten Staaten von Amerika ansässig war und nur deshalb Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika wurde, weil sie
- a) Staatsbürger einer solchen Besetzung war oder
 - b) in einer solchen Besetzung geboren wurde oder dort ansässig war, wird für die Zwecke dieses Abkommens so behandelt, als habe sie in dem genannten Zeitpunkt keinen Wohnsitz in den Vereinigten Staaten von Amerika gehabt und als sei sie in dem genannten Zeitpunkt kein Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika gewesen.
- (5) Für die Zwecke dieses Abkommens wird die Frage, ob eine andere als eine natürliche Person ihren Wohnsitz in einem Vertragsstaat hatte, nach dem Recht dieses Staates bestimmt. Hat diese Person ihren Wohnsitz in beiden Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten den Fall in gegenseitigem Einvernehmen.

Abschnitt III

Artikel 5

Unbewegliches Vermögen

- (1) Unbewegliches Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer Person mit Wohnsitz in einem Vertragsstaat ist und das im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.
- (2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für unbewegliches Vermögen eines Unternehmens und für unbewegliches Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 6

Vermögen einer Betriebsstätte und Vermögen
einer der Ausübung einer selbständigen Arbeit
dienenden festen Einrichtung

(1) Vermögen eines Unternehmens, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer Person mit Wohnsitz in einem Vertragsstaat ist und das Betriebsvermögen einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte darstellt - ausgenommen das nach den Artikeln 5 und 7 zu behandelnde Vermögen - kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) a) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ bedeutet eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit eines Unternehmens eines Vertragsstaats ganz oder teilweise ausgeübt wird.

b) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

einen Ort der Leitung,
eine Zweigniederlassung,
eine Geschäftsstelle,
ein Ladengeschäft oder eine andere Verkaufseinrichtung,
eine Fabrikationsstätte,
eine Werkstätte,
ein Bergwerk,
einen Steinbruch
oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen, eine
Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

c) Ungeachtet des Buchstabens a) begründet eine oder mehrere der folgenden Tätigkeiten keine Betriebsstätte: das Benutzen von Einrichtungen zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens; das Unterhalten eines Bestands von Gütern oder Waren des Unternehmens zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung; das Unterhalten eines Bestands von Gütern oder Waren des Unternehmens zu dem Zweck, sie durch ein anderes Unternehmen bearbeiten oder verarbeiten zu lassen; das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung zu dem Zweck, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen; das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung zu dem Zweck, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, wenn sie vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

d) Hat ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Staat keine Betriebsstätte im Sinne der Buchstaben a bis c, so wird es dennoch so behandelt, als habe es im letztgenannten Staat eine Betriebsstätte, wenn es in diesem Staat durch einen Vertreter gewerblich tätig ist, der eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unter-

nehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat regelmäßig ausübt, es sei denn, dass sich die Ausübung der Vollmacht auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

- e) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte im anderen Staat, weil es dort seine gewerbliche Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Person im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handelt.
- f) Der Umstand, dass eine in einem der Vertragsstaaten ansässige Person oder eine Körperschaft eines der Vertragsstaaten
 - i) eine Körperschaft des anderen Staates beherrscht, von ihr beherrscht wird oder mit ihr gemeinsam beherrscht wird oder
 - ii) eine Körperschaft beherrscht, von ihr beherrscht wird oder mit ihr gemeinsam beherrscht wird, die im anderen Staat (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) gewerblich tätig ist, wird bei der Feststellung, ob diese Person oder Körperschaft eine Betriebsstätte im anderen Staat hat, nicht berücksichtigt.

(3) Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer Person mit Wohnsitz in einem Vertragsstaat ist und das zu einer der Ausübung einer selbständigen Arbeit dienenden festen Einrichtung im anderen Vertragsstaat gehört - ausgenommen das unter Artikel 5 fallende Vermögen - kann im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 7

Schiffe und Luftfahrzeuge

Seeschiffe und Luftfahrzeuge eines Unternehmens, die Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer Person mit Wohnsitz in einem Vertragsstaat sind und die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 8

Beteiligungen an Personengesellschaften

Ist eine Beteiligung an einer Personengesellschaft Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer Person mit Wohnsitz in einem Vertragsstaat und gehört der Personengesellschaft unter Artikel 5 oder 6 fallendes Vermögen, so kann die Beteiligung in dem Staat besteuert werden, in dem das betreffende Vermögen liegt, jedoch nur mit dem diesem Teil des Vermögens zuzurechnenden Teil ihres Wertes.

Artikel 9

Nicht ausdrücklich erwähntes Vermögen

Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer Person mit Wohnsitz in einem Vertragsstaat ist und nicht unter Artikel 5, 6, 7 oder 8 fällt, kann ohne Rücksicht auf seine Belegenheit nur in diesem Staat besteuert werden; Artikel 11 Absatz 1 bleibt unberührt.

Artikel 10

Abzüge und Befreiungen

(1) Bei Vermögen, das Teil eines Nachlasses oder einer Schenkung ist und das lediglich in Übereinstimmung mit Artikel 5, 6 oder 8 in einem Vertragsstaat der Besteuerung unterliegt, sind Schulden mindestens in Höhe der nachstehend vorgesehenen Beträge bei der Wertermittlung mindernd zu berücksichtigen oder als Abzüge vom Vermögenswert zuzulassen:

- a) bei dem in Artikel 5 genannten Vermögen die Schulden, die für den Erwerb, die Instandsetzung oder die Instandhaltung des Vermögens aufgenommen wurden;
- b) bei dem in Artikel 6 genannten Vermögen die Schulden, die im Zusammenhang mit dem Betrieb einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung aufgenommen wurden, und
- c) bei der in Artikel 8 genannten Beteiligung an einer Personengesellschaft die Schulden, auf die Buchstabe a oder Buchstabe b Anwendung fände, wenn das in dem erwähnten Artikel genannte Vermögen einer Personengesellschaft dem Erblasser oder Schenker unmittelbar gehörte.

(2) Vermögen, das einer Körperschaft oder Organisation eines Vertragsstaats, die ausschließlich religiösen, mildtätigen, wissenschaftlichen, erzieherischen oder öffentlichen Zwecken dient, oder einer öffentlichen Einrichtung eines Vertragsstaats zur Verwendung für diese Zwecke oder zur Nutzung übertragen wurde, ist von der Steuer des anderen Vertragsstaats befreit, wenn und soweit die Übertragung des Vermögens an die Körperschaft, Organisation oder Einrichtung

- a) im erstgenannten Vertragsstaat steuerbefreit ist und
- b) im anderen Vertragsstaat steuerbefreit wäre, wenn sie an eine ähnliche Körperschaft, Organisation oder öffentliche Einrichtung dieses anderen Staates vorgenommen worden wäre. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln die Anwendung dieser Bestimmung in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ruhegehälter, Renten und andere Beträge, die von einem Vertragsstaat, einem Bundesstaat, einem Land oder ihren Gebietskörperschaften oder aus einer öffentlichen Kasse, die nach dem öffentlichen Recht des Staates, des Landes oder der Gebietskörperschaft errichtet worden ist, oder auf Grund einer Regelung, die eine in diesem Staat ansässige Person getroffen hat,

- a) nach dem Sozialversicherungsrecht dieses Staates oder
- b) als Vergütung für geleistete Dienste oder
- c) als Ausgleich erlittener Schäden gezahlt werden, sind im anderen Vertragsstaat insoweit steuerbefreit, als sie im erstgenannten Vertragsstaat steuerbefreit wären, wenn der Erblasser dort seinen Wohnsitz hätte. Die so steuerbefreiten Beträge können jedoch auf den Versorgungsfreibetrag nach dem deutschen Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht angerechnet werden.

(4) Vermögen (ausgenommen Gesamtgut), das von einem Erblasser oder Schenker der seinen Wohnsitz in einem Vertragsstaat hatte oder Staatsangehöriger dieses Staates war, auf den Ehegatten übergeht und das lediglich auf Grund des Artikels 5, 6 oder 8 im anderen Vertragsstaat besteuert werden kann, wird bei der Festsetzung der Steuer dieses anderen Staates nur insoweit in die Besteuerungsgrundlage einbezogen, als sein Wert (nach Berücksichtigung der zulässigen Abzüge) 50 vom Hundert des Wertes des gesamten in die Besteuerungsgrundlage einbezogenen Vermögens übersteigt, das von dem anderen Staat besteuert werden kann. Der vorhergehende Satz darf aber nicht dazu führen,

- a) dass aus der Besteuerungsgrundlage in der Bundesrepublik Deutschland ein Betrag ausgenommen wird, der den Freibetrag des Ehegatten übersteigt, der bei Übertragungen an unbeschränkt steuerpflichtige Ehegatten nach dem deutschen Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht gewährt wird;
- b) dass die in den Vereinigten Staaten von Amerika geschuldete Steuer auf einen Betrag senkt, der niedriger ist als die Steuer, die bei Anwendung der für eine Person mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten von Amerika geltenden Steuersätze auf die nach dem genannten Satz ermittelte Besteuerungsgrundlage zu zahlen wäre.

Dieser Absatz findet keine Anwendung auf Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland oder ehemalige Staatsangehörige oder langfristig Ansässige der Vereinigten Staaten von Amerika im Sinne des Artikels 11 Absatz 1 Buchstabe a.

(5) Bei der Festsetzung der von den Vereinigten Staaten von Amerika erhobenen Erbschaftsteuer wird auf den Nachlass eines Erblassers (der nicht Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika ist), der im Zeitpunkt seines Todes seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland hatte, ein Anrechnungsbetrag in Höhe des größeren der folgenden Beträge gewährt:

- a) des Betrags, der das gleiche Verhältnis zu der nach dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika auf den Nachlass eines Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika gewährten Anrechnung ergibt wie der Wert des Teils des Bruttonachlasses des Erblassers, der sich im Zeitpunkt seines Todes in den Vereinigten Staaten von Amerika befindet, zu dem Wert des gesamten Bruttonachlasses des Erblassers, ungeachtet dessen, wo er sich befindet; oder
- b) der Anrechnungsbetrag, der nach dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika auf den Nachlass einer nicht ansässigen Person gewährt wird, die kein Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika ist.

Ein andernfalls nach diesem Absatz zulässiger Anrechnungsbetrag wird um den Betrag einer früher auf eine vom Erblasser vorgenommene Schenkung gewährten Anrechnung gekürzt. Für die Zwecke des Buchstabens a darf der in den Vereinigten Staaten von Amerika befindliche Teil des Bruttonachlasses des Erblassers den Teil seines Bruttonachlasses nicht übersteigen, der von den Vereinigten Staaten von Amerika nach Maßgabe dieses Abkommens besteuert werden kann. Ein andernfalls nach Buchstabe a zulässiger Anrechnungsbetrag wird nur gewährt, wenn alle erforderlichen Informationen zur Überprüfung und Berechnung des Anrechnungsbetrags zur Verfügung gestellt werden.

(6) Bei der Festsetzung der von den Vereinigten Staaten von Amerika erhobenen Erbschaftsteuer wird der Wert des Nachlasses eines Erblassers ermittelt, indem vom Wert des Bruttonachlasses ein Betrag in Höhe des Wertes von Vermögensanteilen abgezogen wird, die auf den überlebenden Ehegatten des Erblassers (im Sinne des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika) übergehen und für die nach dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika Anspruch auf einen Ehegattenfreibetrag bei der Erbschaftsteuer bestehen würde, wenn der überlebende Ehegatte ein Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika wäre und alle zur Verfügung stehenden Wahlrechte ordnungsgemäß wahrgenommen würden (im Folgenden als „anspruchsberechtigtes Vermögen“ bezeichnet). Für den Nachlass des Erblassers besteht Anspruch auf einen solchen Ehegattenfreibetrag, sofern

- a) der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes seinen Wohnsitz entweder in der Bundesrepublik Deutschland oder in den Vereinigten Staaten von Amerika hatte,
- b) der überlebende Ehegatte im Zeitpunkt des Todes des Erblassers seinen Wohnsitz entweder in der Bundesrepublik Deutschland oder in den Vereinigten Staaten von Amerika hatte,
- c) falls sowohl der Erblasser als auch sein überlebender Ehegatte ihren Wohnsitz im Zeitpunkt des Todes des Erblassers in den Vereinigten Staaten von Amerika hatten, einer von ihnen oder beide deutsche Staatsangehörige waren, und
- d) der Nachlassverwalter die Vergünstigungen nach diesem Absatz beansprucht und unwiderruflich auf die Vergünstigungen anderweitiger Ehegattenfreibeträge bei der Erbschaftsteuer verzichtet, die nach dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika auf Grund einer amerikanischen Erbschaftsteuererklärung gewährt würden, die bis zu dem Tag, bis zu dem nach dem Recht der Vereinigten Staaten

von Amerika ein Treuhandvermögen (qualified domestic trust) errichtet werden könnte, für den Nachlass des Erblassers abgegeben wird.

Der nach diesem Absatz gewährte Ehegattenfreibetrag entspricht dem Wert des anspruchsberechtigten Vermögens oder dem geltenden Steuerfreibetrag (im Sinne des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika, der ohne Rücksicht auf eine etwaige vom Erblasser früher vorgenommene Schenkung festgesetzt wird), je nachdem, welcher geringer ist.

Abschnitt IV

Artikel 11

Anrechnung

(1) Dieses Abkommen schließt nicht aus, dass

- a) die Vereinigten Staaten von Amerika den Nachlass (die Schenkung) eines Erblassers (Schenkers), der im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenkung
 - i) Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika war,
 - ii) seinen Wohnsitz im Sinne des Artikels 4 in den Vereinigten Staaten von Amerika hatte oder
 - iii) ein ehemaliger Staatsangehöriger oder langfristig Ansässiger war, der diesen Status unter anderem hauptsächlich wegen der Umgehung von Steuern (im Sinne des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika) verloren hat, jedoch nur für einen Zeitraum von zehn Jahren nach dem Verlust,

nach ihrem Recht besteuern;

- b) die Bundesrepublik Deutschland einen Erben, Beschenkten oder sonstigen Begünstigten, der im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung seinen Wohnsitz im Sinne des Artikels 4 in der Bundesrepublik Deutschland hatte, nach ihrem Recht besteuert.

Artikel 10 Absätze 2, 3 und 4, die Absätze 2, 3, 4 und 5 dieses Artikels und Artikel 13, beziehungsweise Artikel 10 Absätze 5 oder 6 in Bezug auf Nachlässe von anderen Personen als den im vorhergehenden Satz genannten ehemaligen Staatsangehörigen oder langfristig Ansässigen, bleiben unberührt.

(2) Erheben die Vereinigten Staaten von Amerika Steuern auf Grund der Tatsache, dass der Erblasser oder Schenker dort seinen Wohnsitz hatte oder Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika war, so wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Besteuert die Bundesrepublik Deutschland Vermögen auf Grund des Artikels 5, 6 oder 8, so rechnen die Vereinigten Staaten auf die nach ihrem Recht festgesetzte Steuer von diesem Vermögen einen Betrag in Höhe der in der Bundesrepublik Deutschland auf dieses Vermögen gezahlten Steuer an.
- b) War der Erblasser oder Schenker Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika und hatte er im Zeitpunkt des Todes oder der Schenkung seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, so gewähren die Vereinigten Staaten von Amerika die Anrechnung der gezahlten deutschen Steuer auf die nach ihrem Recht festgesetzte Steuer über Buchstabe a hinaus für die Steuer von allem Vermögen, das nicht auf Grund des Artikels 5, 6 oder 8 in den Vereinigten Staaten von Amerika besteuert werden kann.

(3) Erhebt die Bundesrepublik Deutschland Steuern auf Grund des Wohnsitzes des Erblassers, Schenkers, Erben, Beschenkten oder sonstigen Begünstigten, so wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Besteuern die Vereinigten Staaten von Amerika Vermögen auf Grund des Artikels 5, 6 oder 8, so rechnet die Bundesrepublik Deutschland auf die nach ihrem Recht festgesetzte Steuer von diesem Vermögen einen Betrag in Höhe der in den Vereinigten Staaten von Amerika auf dieses Vermögen gezahlten Steuer an.
- b) Hatte der Erblasser oder Schenker seinen Wohnsitz in den Vereinigten Staaten von Amerika und hatte der Erbe, Beschenkte oder sonstige Begünstigte im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, so gewährt die Bundesrepublik Deutschland die Anrechnung der gezahlten amerikanischen Steuer auf die nach ihrem Recht festgesetzte Steuer über Buchstabe a hinaus für die Steuer von allem Vermögen, das nicht auf Grund des Artikels 5, 6 oder 8 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.

(4) Bei der Anrechnung durch die Bundesrepublik Deutschland nach Absatz 3 werden auch die Steuern berücksichtigt, die von Gebietskörperschaften der Vereinigten Staaten von Amerika erhoben worden sind. Können diese Steuern nach Absatz 3 nicht angerechnet werden, so können die zuständigen Behörden über die Vermeidung der Doppelbesteuerung nach Artikel 13 beraten.

(5) Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung berücksichtigt jeder Vertragsstaat bei der Anrechnung nach den Absätzen 2, 3 und 4 in angemessener Weise

- a) alle Steuern, die der andere Vertragsstaat auf eine frühere vom Erblasser vorgenommene Schenkung von Vermögen erhoben hat, wenn das betreffende Vermögen zu dem im erstgenannten Staat steuerpflichtigen Nachlass gehört;
- b) alle vom anderen Vertragsstaat angerechneten Erbschaft- und Schenkungssteuern, die in bezug auf frühere Steuertatbestände gezahlt worden sind. Schwierigkeiten und Zweifel bei der Anwendung dieser Bestimmung werden von den zuständigen Behörden nach Artikel 13 beseitigt.

(6) Der nach diesem Artikel anzurechnende Betrag darf den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer eines Vertragsstaats nicht übersteigen, der auf das Vermögen entfällt, für das nach diesem Artikel eine Anrechnung gewährt werden kann.

(7) Ein Anspruch auf Steueranrechnung oder -erstattung nach diesem Artikel kann innerhalb eines Jahres nach der endgültigen Festsetzung (durch Verwaltungsakt oder auf gerichtlichem Wege) und Zahlung der Steuer, für die eine Anrechnung nach diesem Artikel beantragt wird, geltend gemacht werden, vorausgesetzt, dass die Festsetzung und Zahlung innerhalb von zehn Jahren nach dem Tode des Erblassers oder nach der Schenkung erfolgen. Die zuständigen Behörden können die Zehn-Jahres-Frist in gegenseitigem Einvernehmen verlängern, wenn Umstände, die der Steuerpflichtige nicht zu vertreten hat, die Festsetzung der dem Anspruch auf Anrechnung oder Erstattung zugrundeliegenden Steuer innerhalb dieser Frist verhindern. Auf Erstattungen, die lediglich auf Grund dieses Abkommens vorgenommen werden, werden keine Zinsen gezahlt.

Artikel 12

Nachlässe (Estates) und Treuhandvermögen (Trusts)

(1) Dieses Abkommen hindert keinen der beiden Vertragsstaaten, seine für die Anerkennung eines Steuertatbestands maßgebenden Bestimmungen auf Vermögensübertragungen an einen Nachlass oder ein Treuhandvermögen oder aus einem Nachlass oder Treuhandvermögen anzuwenden.

(2) Lösen auf Grund von Unterschieden zwischen den Gesetzesvorschriften der Vertragsstaaten Vermögensübertragungen an einen Nachlass oder ein Treuhandvermögen oder aus einem Nachlass oder Treuhandvermögen eine Besteuerung zu verschiedenen Zeitpunkten aus, so können die zuständigen Behörden den Fall nach Artikel 13 erörtern, um Härten zu vermeiden, vorausgesetzt, dass der zeitliche Unterschied bei der Besteuerung höchstens fünf Jahre beträgt.

(3) Führt eine Vermögensübertragung an einen Nachlass oder ein Treuhandvermögen nach dem deutschen Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht zum Zeitpunkt der Übertragung nicht zu einer Besteuerung, so kann der Begünstigte aus dem Nachlass oder Treuhandvermögen innerhalb von fünf Jahren nach der Übertragung verlangen dass er zur deutschen Steuer (einschließlich der Einkommensteuer) so herangezogen wird, als habe im Zeitpunkt der Übertragung ein steuerpflichtiger Vorgang stattgefunden.

Artikel 13

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Vertragsstaaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde eines der beiden Staaten unterbreiten. Der Fall muß innerhalb eines Jahres nach der endgültigen Regelung oder Ablehnung eines Anspruchs auf Befreiung, Anrechnung oder Erstattung nach diesem Abkommen unterbreitet werden.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint es zur Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so können sich die zuständigen Behörden zu einem mündlichen Meinungsaustausch treffen.

(5) Erzielen die zuständigen Behörden eine solche Verständigung so werden die Vertragsstaaten die Steuern entsprechend der Verständigung erheben und ungeachtet der nach ihrem Recht geltenden Verfahrensregelungen (einschließlich Verjährungsfristen) erstatten oder anrechnen.

Artikel 14

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen.

- (2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,
- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
 - b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
 - c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

(3) Bei Auskunftersuchen eines Vertragsstaats auf Grund dieses Artikels holt der andere Vertragsstaat die entsprechenden Informationen (einschließlich Zeugenaussagen und Kopien einschlägiger Unterlagen) auf die gleiche Weise und im gleichen Umfang ein, als wenn es sich bei der Steuer des ersuchenden Staates um die Steuer des anderen Staates handelte und sie von diesem anderen Staat erhoben würde.

(4) Kann nach Artikel 7 oder 9 Vermögen ungeachtet des Artikels 11 Absatz 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Schenker oder Erblasser ansässig war, und wird die in diesem Staat fällige Steuer nicht gezahlt, so können die zuständigen Behörden vereinbaren, daß dieses Vermögen ungeachtet des Artikels 7 oder 9 im anderen Vertragsstaat besteuert wird.

Artikel 15

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Dieses Abkommen gilt nicht für Beamte internationaler Organisationen oder Mitglieder einer diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung eines dritten Staates, die sich in einem Vertragsstaat befinden und nicht so behandelt werden, als hätten sie für die Zwecke der Nachlass-, Erbschaft- oder Schenkungsteuer ihren Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten.

Artikel 16

Land Berlin

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Abschnitt V

Artikel 17

In-Kraft-Treten *)

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation nach Maßgabe der geltenden Verfahrensvorschriften jedes Vertragsstaats; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Washington ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und findet allgemein Anwendung auf Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar 1979 sterben, und auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar 1979 vorgenommen werden.

(3) Darüber hinaus können bei Nachlässen von Personen, die am oder nach dem 1. Januar 1974 und vor dem 1. Januar 1979 gestorben sind die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gemeinsam darüber beraten wie die durch innerstaatliche Vergünstigungen nicht vermiedene Doppelbesteuerung verhindert werden kann. Zu diesem Zweck können sie im Rahmen des Artikels 13 vorsehen, dass Steuern eines Vertragsstaats ungeachtet der Unterschiede in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Belegenheit und Wohnsitz auf die Steuern des anderen Vertragsstaats angerechnet werden.

Artikel 18

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen auf diplomatischem Weg jederzeit nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Nachlässe von Personen, die nach dem 31. Dezember sterben, der auf den Ablauf der sechsmonatigen Kündigungsfrist folgt, und auf Schenkungen, die nach diesem Zeitpunkt vorgenommen werden.

*)

Das Abkommen in der Fassung vom 3. Dezember 1980 ist am 27. Juni 1986 in Kraft getreten (Bekanntmachung vom 24. Juli 1986 - BGBl. II S. 860). Das Protokoll vom 14. Dezember 1998 ist am 14. Dezember 2000 in Kraft getreten (Bekanntmachung vom 18. Dezember 2000 – BGBl. 2001 II S. 62.) und ist bei den danach eintretenden Todesfällen und danach gemachten Schenkungen anzuwenden.

Die durch das Protokoll angefügten Absätze 5 und 6 des Artikels 10 und der ersetzte Artikel 11 Absatz 1 des Abkommens sind ungeachtet einer nach dem Recht eines Vertragsstaats festgesetzten Befristung für die Veranlagung, Neuveranlagung oder Erstattung im Zusammenhang mit der Erklärung einer Person oder eines Nachlasses bei Todesfällen und Schenkungen anzuwenden, die nach dem 10. November 1988 eingetreten sind beziehungsweise gemacht wurden, vorausgesetzt, die Erklärung oder der Erstattungsantrag, mit denen ein Anspruch auf die Vergünstigungen nach diesem Protokoll geltend gemacht wird, wird innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Protokolls oder innerhalb der sonst für diese Anträge nach dem innerstaatlichen Recht geltenden Frist eingereicht.

Convention
between the Federal Republic of Germany
and the United States of America
for the Avoidance of Double Taxation
with respect to taxes on estates, inheritances, and gifts

The Federal Republic of Germany
and
the United States of America,

desiring to avoid double taxation with respect to taxes on
estates, inheritances, and gifts,

have agreed as follows:

Chapter I

Article 1
Scope

This Convention shall apply to

- a) Estates of deceased persons whose domicile at their death was in one or both of the Contracting States, and
- b) Gifts of donors whose domicile at the making of a gift was in one or both of the Contracting States.

Article 2
Taxes Covered

1. The existing taxes to which this Convention shall apply are:

- a) In the case of the United States of America: The Federal estate tax and the Federal gift tax, including the tax on generation-skipping transfers: and
- b) In the case of the Federal Republic of Germany: the inheritance and gift tax (Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer).

2. This Convention shall also apply to any similar taxes on estates, inheritances, and gifts which are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes.

Chapter II

Article 3
General Definitions

1. In this Convention:

a) the term "United States of America" when used in a geographical sense means the states thereof and the District of Columbia. Such term also includes the territorial sea thereof and the seabed and subsoil of the submarine areas adjacent to the coast thereof, but beyond the territorial sea over which the United States of America exercises sovereign rights, in accordance with international law, for the purpose of exploration for and exploitation of the natural resources of such areas.

b) the term "Federal Republic of Germany" when used in a geographical sense means the territory in which the Basic Law for the Federal Republic of Germany is in force as well as any area adjacent to the territorial waters of the Federal Republic of Germany designated, in accordance with international law relating to the rights which the Federal Republic of Germany may exercise with respect to the seabed and subsoil and their natural resources, as domestic area for tax purposes.

c) the term "enterprise" means an industrial or commercial undertaking.

d) the term "enterprise of a Contracting State" means an enterprise carried on by a person who is domiciled in a Contracting State.

e) the term "competent authority" means:

i) in the case of the United States of America, the Secretary of the Treasury or his delegate, and

ii) in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Finance.

2. As regards the application of the Convention by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that Contracting State concerning the taxes to which the Convention applies.

Article 4 Fiscal Domicile

1. For the purposes of this Convention, an individual has a domicile

a) in the United States of America, if he is a resident or citizen thereof;

b) in the Federal Republic of Germany, if he has his domicile (Wohnsitz) or habitual abode (gewöhnlicher Aufenthalt) therein or if he is deemed for other reasons to be subject to unlimited tax liability for the purposes of the German inheritance and gift tax.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual was domiciled in both Contracting States, then, subject to the provisions of paragraph 3, this case shall be determined in accordance with the following rules:

a) he shall be deemed to have been domiciled in the Contracting State in which he had a permanent home available to him. If he had a permanent home available to him in both Contracting States, or in neither Contracting State, the domicile shall be deemed to be in the Contracting State with which his personal and economic relations were closest (center of vital interests);

b) if the Contracting State in which he had his center of vital interests cannot be determined, the domicile shall be deemed to be in the Contracting State in which he had an habitual abode;

c) if he had an habitual abode in both Contracting States or in neither of them, the domicile shall be deemed to be in the Contracting State of which he was a citizen;

d) if he was a citizen of both Contracting States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

3. Where an individual, at his death or at the making of a gift, was

a) a citizen of one Contracting State, and not also a citizen of the other Contracting State, and

b) by reason of the provisions of paragraph 1 domiciled in both Contracting States, and

c) by reason of the provisions of paragraph 1 domiciled in the other Contracting State for not more than ten years,

then the domicile of that individual and of the members of his family forming part of his household and fulfilling the same requirements shall be deemed, notwithstanding the provisions of paragraph 2, to be in the Contracting State of which they were citizens.

4. An individual who, at his death or at the making of a gift, was a resident of a possession of the United States of America and who became a citizen of the United States of America solely by reason of

a) his being a citizen of a possession, or

b) birth or residence within a possession,

shall be considered as having been neither domiciled in nor a citizen of the United States of America at that time for purposes of this Convention.

5. For the purposes of this Convention the question whether a person other than an individual was domiciled in a Contracting State shall be determined according to the law of that State. Where such person is domiciled in both Contracting States, the competent authorities of the Contracting States shall settle the case by mutual agreement.

Chapter III

Article 5 Immovable Property

1. Immovable property which forms part of the estate of or of a gift made by a person domiciled in a Contracting State and which is situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property, and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources, and other natural resources; ships, boats, and aircraft shall not be regarded as immovable property.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to immovable property of an enterprise and to immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 6

Business Property of a Permanent Establishment and Assets Pertaining to a Fixed Base Used for the Performance of Independent Personal Services

1. Except for assets referred to in Articles 5 and 7, assets of an enterprise which form part of the estate of or a gift made by a person domiciled in a Contracting State and forming part of the business property of a permanent establishment situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2.

a) The term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise of a Contracting State is wholly or partly carried on.

b) A permanent establishment shall include especially:

a place of management;

a branch;

an office;

a store or other sales outlet;

a factory;

a workshop;

a mine, quarry, or other place of extraction of natural resources;

a building site or construction or assembly project which exists for more than twelve months.

c) Notwithstanding subparagraph a) of this paragraph, a permanent establishment shall be deemed not to include one or more of the following activities:

the use of facilities for the purposes of storage, display, or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise for the purpose of storage, display, or delivery;

the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise for the purpose of processing by another enterprise;

the maintenance of a fixed place of business for the purpose of purchasing goods or merchandise, or collecting information, for the enterprise;

the maintenance of a fixed place of business for the purpose of advertising, for the supply of information, for scientific research, or for similar activities, if they have a preparatory or auxiliary character, for the enterprise.

d) Even if an enterprise of a Contracting State does not have a permanent establishment in the other State under subparagraphs a) to c) of this paragraph, nevertheless it shall be deemed to have a permanent establishment in the latter State if it is engaged in trade or business in that State through an agent who has an authority to conclude contracts in the name of the enterprise and regularly exercises that authority in that State, unless the exercise of authority is limited to the purchase of goods or merchandise for the account of the enterprise.

e) An enterprise of a Contracting State shall not be deemed to have a permanent establishment in the other State merely because it is engaged in trade or business in that other State through a broker, general commission agent, or any other agent of an independent status, where such person is acting in the ordinary course of business.

f) The fact that a resident or a corporation of one of the Contracting States controls, is controlled by, or is under common control with

i) a corporation of the other State or

ii) a corporation which is engaged in trade or business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise)

shall not be taken into account in determining whether such resident or corporation has a permanent establishment in that other State.

3. Except for assets referred to in Article 5, assets which form part of the estate of or of a gift made by a person domiciled in a Contracting State and pertaining to a fixed base situated in the other Contracting State used for the performance of independent personal services may be taxed in that other State.

Article 7
Ships and Aircraft

Ships and aircraft operated in international traffic and belonging to an enterprise which form part of the estate of or of a gift made by a person domiciled in a Contracting State, and movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, may be taxed only in that State.

Article 8
Interests in Partnerships

An interest in a partnership which forms part of the estate of or of a gift made by a person domiciled in a Contracting State, which partnership owns property described in Article 5 or 6, may be taxed by the State in which such property is situated, but only to the extent that the value of such interest is attributable to such property.

Article 9
Property Not Expressly Mentioned

Property which forms part of the estate of or of a gift made by a person domiciled in a Contracting State, wherever situated, and not dealt with in Article 5, 6, 7, or 8 shall, subject to paragraph 1 of Article 11, be taxable only in that State.

Article 10
Deductions and Exemptions

1. In the case of property which forms part of an estate of or of a gift subject to taxation by a Contracting State solely in accordance with Article 5, 6, or 8, debts shall be allowed as reductions of, or deductions from, the value of such property in an amount no less than:

a) in the case of property referred to in Article 5, debts incurred for purposes of the acquisition, repair, or upkeep of that property;

b) in the case of property referred to in Article 6, debts incurred in connection with the operation of the permanent establishment or fixed base; and

c) in the case of an interest in a partnership referred to in Article 8, debts to which subparagraphs a) or b) of this paragraph would apply if the property owned by a partnership referred to in that Article were owned directly by the decedent or donor.

2. Property transferred to or for the use of a corporation or organization of a Contracting State organized and operated exclusively for religious, charitable, scientific, educational, or public purposes, or to a public body of a Contracting State to be used for such purposes, shall be exempt from tax by the other Contracting State, if and to the extent that such transfer of property to such corporation, organization or public body

a) is exempt from tax in the first-mentioned Contracting State and

b) would be exempt from tax in the other Contracting State if it were made to a similar corporation, organization, or public body of that other State.

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the application of this provision.

3. Pensions, annuities, and other amounts payable by a Contracting State, a state, a Land, or their political subdivisions, or out of a public fund organized under the public laws thereof, or under a plan maintained by a person resident in that State

- a) under the Social Security laws of that State, or
- b) as consideration for services rendered, or
- c) as compensation for injury or damage sustained

shall be exempt from tax by the other Contracting State, to the extent that such pension, annuity, or other amount would be exempt from tax in the first-mentioned Contracting State if the decedent were a domiciliary thereof. The amounts so exempted may, however, be offset against the "Versorgungsfreibetrag" according to the provisions of the German inheritance and gift tax.

4. Property (other than community property) which passes to the spouse from a decedent or donor who was domiciled in or a citizen of a Contracting State, and which may be taxed by the other Contracting State solely in accordance with Article 5, 6, or 8 shall, for the purpose of determining the tax of that other State, be included in the taxable base only to the extent its value (after taking into account any applicable deductions) exceeds 50 per cent of the value of all property included in the taxable base which may be taxed by that other State. However, the foregoing sentence shall not result in:

a) an exclusion from the taxable base in the Federal Republic of Germany of an amount in excess of the general marital deduction (Freibetrag des Ehegatten) granted with respect to transfers to spouses subject to unlimited tax liability under the German inheritance and gift tax;

b) a reduction of the tax due in the United States of America below the tax that would be due by applying to the taxable base determined under that sentence the rates applicable to a person domiciled in the United States of America.

The provisions of this paragraph shall not apply to a citizen of the United States of America domiciled in the Federal Republic of Germany or a former citizen or long-term resident of the United States of America referred to in subparagraph a) of paragraph 1 of Article 11.

5. In determining the estate tax imposed by the United States of America, the estate of a decedent (other than a citizen of the United States of America) who was domiciled in the Federal Republic of Germany at the time of the decedent's death shall be allowed a unified credit equal to the greater of:

a) the amount that bears the same ratio to the credit allowed to the estate of a citizen of the United States of America under the law of the United States of America as the value of the part of the decedent's gross estate that at the time of the decedent's death is situated in the United States of America bears to the value of the decedent's entire gross estate wherever situated; or

b) the unified credit allowed to the estate of a nonresident not a citizen of the United States of America under the law of the United States of America.

The amount of any unified credit otherwise allowable under this paragraph shall be reduced by the amount of any credit previously allowed with respect to any gift made by the decedent. For purposes of subparagraph a), the part of the decedent's gross estate that is situated in the United States of America shall not exceed the part of the decedent's gross estate that may be taxed by the United States of America in accordance with this Convention. A credit otherwise allowable under subparagraph a) shall be allowed only if all information necessary for the verification and computation of the credit is provided.

6. In determining the estate tax imposed by the United States of America, the value of the decedent's taxable estate shall be determined by deducting from the value of the gross estate an amount equal to the value of any interest in property that passes to the decedent's surviving spouse (within the meaning of the law of the United States of America) and that would qualify for the estate tax marital deduction under the law of the United States of America if the surviving spouse were a citizen of the United States of America and all applicable elections were properly made (hereinafter referred to as "qualifying property"). The decedent's estate shall be entitled to such marital deduction provided that:

a) at the time of the decedent's death, the decedent was domiciled in either the Federal Republic of Germany or the United States of America;

b) the decedent's surviving spouse was at the time of the decedent's death domiciled in either the Federal Republic of Germany or the United States of America;

c) if both the decedent and the decedent's surviving spouse were domiciled in the United States of America at the time of the decedent's death, one or both was a citizen of the Federal Republic of Germany; and

d) the executor of the decedent's estate elects the benefits of this paragraph and irrevocably waives the benefits of any other estate tax marital deduction that would be allowed under the law of the United States of America on a United States estate tax return filed for the decedent's estate by the date on which a qualified domestic trust election could be made under the law of the United States of America.

The marital deduction allowed under this paragraph shall be equal to the lesser of the value of the qualifying property or the applicable exclusion amount (within the meaning of the law of the United States of America, determined without regard to any gift previously made by the decedent).

Chapter IV

Article 11 Credits

1. The provisions of this Convention shall not preclude

a) the United States of America from taxing in accordance with its law the estate of a decedent or the gift of a donor who, at his death or at the making of the gift, was:

- i) a citizen of the United States of America,
- ii) domiciled (within the meaning of Article 4) in the United States of America, or
- iii) a former citizen or long-term resident whose loss of such status had as one of its principal purposes the avoidance of tax (as defined under the laws of the United States of America), but only for a period of ten years following such loss;

b) the Federal Republic of Germany from taxing in accordance with its law an heir, a donee, or another beneficiary who was domiciled (within the meaning of Article 4) in the Federal Republic of Germany at the time of the death of the decedent or the making of the gift.

The preceding sentence shall not, however, apply to paragraphs 2, 3 and 4 of Article 10, paragraphs 2, 3, 4 and 5 of this Article, and Article 13; or paragraphs 5 or 6 of Article 10 as applied to the estates of persons other than former citizens and long-term residents referred to in the preceding sentence.

2. Where the United States of America imposes tax by reason of the decedent's or the donor's domicile therein or citizenship thereof, double taxation shall be avoided in the following manner:

a) where the Federal Republic of Germany imposes tax with respect to property in accordance with Article 5, 6, or 8, the United States of America shall credit against the tax calculated according to its law with respect to such property an amount equal to the tax paid to the Federal Republic of Germany with respect to such property.

b) in addition to any credit allowable under subparagraphs a) of this paragraph, if the decedent or donor was a citizen of the United States of America and was domiciled in the Federal Republic of Germany at his death or at the making of a gift, then the United States of America shall allow a credit against the tax calculated according to its law with respect to property other than property which the United States of America may tax in accordance with Article 5, 6, or 8, an amount equal to the tax paid to the Federal Republic of Germany with respect to such property.

3. Where the Federal Republic of Germany imposes tax by reason of the domicile therein of the decedent, donor, heir, donee, or other beneficiary, double taxation shall be avoided in the following manner:

a) where the United States of America imposes tax with respect to property in accordance with Article 5, 6, or 8, the Federal Republic of Germany shall credit against the tax calculated according to its law with respect to such property an amount equal to the tax paid to the United States of America with respect to such property.

b) in addition to any credit allowable under subparagraph a) of this paragraph, if the decedent or donor was domiciled in the United States of America and the heir, donee, or other beneficiary was domiciled in the Federal Republic of Germany at the time of the death of the decedent or the making of the gift, then the Federal Republic of Germany shall allow a credit against the tax calculated according to its law with respect to property other than property which the Federal Republic of Germany may tax in accordance with Article 5, 6, or 8, an amount equal to the tax paid to the United States of America with respect to such property.

4. The credits allowed by the Federal Republic of Germany according to the provisions of paragraph 3 shall include taxes levied by political subdivisions of the United States of America. Where a credit is not allowable for such taxes according to the provisions of paragraph 3, the competent authorities may consult for the purpose of avoiding double taxation pursuant to Article 13.

5. In order to avoid double taxation, each Contracting State shall, in allowing credits under paragraphs, 2, 3, and 4, take into account in an appropriate way:

a) any tax imposed by the other Contracting State upon a prior gift of property made by the decedent, if such property is included in the estate subject to taxation by the first- mentioned State;

b) any credit allowed by the other Contracting State for estate or gift taxes paid upon prior taxable events.

Difficulties and doubts arising in the application of this provision shall be resolved by the competent authorities under Article 13.

6. Any credits allowed under this Article shall not exceed the part of the tax of a Contracting State, as computed before the credit is given, which is attributable to the property in respect of which a credit is allowable under this Article.

7. Any claim for credit or for refund of tax founded on the provisions of this Article may be made until one year after the final determination (administrative or judicial) and payment of tax for which any credit under this Article is claimed, provided that the determination and payment are made within ten years of the date of death of the decedent or of the date of the making of the gift by the donor. The competent authorities may by mutual agreement extend the ten-year time limit if circumstances beyond the control of the taxpayer prevent the determination within such period of the taxes which are the subject of

the claim for credit or for refund. Any refund based solely on the provisions of this Convention shall be made without payment of interest on the amount so refunded.

Article 12 Estates and Trusts

1. The provisions of this Convention shall not preclude either Contracting State from applying its rules governing the recognition of a taxable event, with respect to transfers of property to and from an estate or trust.

2. Where differences in the laws of the Contracting States give rise to taxation at different times of transfers of property to and from an estate or trust, the competent authorities may discuss the case under Article 13 with a view to avoiding hardship, provided that the difference in timing of taxation does not exceed five years.

3. In a case where a transfer of property to an estate or trust results in no taxable transfer at such time under the German inheritance and gift tax, the beneficiary of the estate or trust may elect within five years after such transfer to be subject to all German taxation (including income taxation) as if a taxable transfer had occurred to him at the time of such transfer.

Article 13 Mutual Agreement Procedure

1. Any person who considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with this Convention may, notwithstanding the remedies provided by the laws of those Contracting States, present his case to the competent authorities of either Contracting State. Such presentation must be made within one year after a claim for exemption, credit, or refund under this Convention has been finally settled or rejected.

2. The competent authority shall endeavor, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation not in accordance with the Convention.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavor to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

4. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of this Article. When it seems advisable for the purpose of reaching an agreement, the competent authorities may meet together for an oral exchange of opinions.

5. In the event that the competent authorities reach such an agreement, taxes shall be imposed and, notwithstanding any procedural rule (including statutes of limitations)

applicable under the law of either Contracting State, refund or credit of taxes shall be allowed by the Contracting States in accordance with such agreement.

Article 14 Exchange of Information

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for the carrying out of this Convention or of the domestic laws of the Contracting States concerning taxes covered by this Convention insofar as the taxation thereunder is not contrary to this Convention. The exchange of information is not restricted by Article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes which are the subject of the Convention. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. These persons or authorities may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

2. In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;

b) to supply particulars which are not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;

c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial, or professional secret or trade process, or information the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

3. If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall obtain the information to which the request relates (including depositions of witnesses and copies of relevant documents) in the same manner and to the same extent as if the tax of the requesting State were the tax of the other State and were being imposed by that other State.

4. If by reason of Article 7 or 9 any property would, without regard to paragraph 1 of Article 11, be taxable only in the Contracting State in which the decedent or donor was domiciled and tax due in that State is not paid, then the competent authorities may agree that tax will be imposed with respect to such property in the other Contracting State notwithstanding Article 7 or 9.

Article 15 Members of Diplomatic Missions or Consular Posts

1. Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

2. This Convention shall not apply to officials of international organizations or members of a diplomatic mission or a consular post of a third State, who were established in a Contracting State and were not treated as being domiciled in either Contracting State in respect of taxes on estates, inheritances, or gifts, as the case may be.

Article 16 Land Berlin

This Convention shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the United States of America within three months of the date of entry into force of this Convention.

Chapter V

Article 17 Entry Into Force

1. This Convention shall be subject to ratification in accordance with the applicable procedures of each Contracting State and instruments of ratification shall be exchanged at Washington as soon as possible.

2. This Convention shall enter into force upon the exchange of instruments of ratification and its provisions shall apply generally to estates of persons dying and gifts made on or after January 1, 1979.

3. In addition, in the case of estates of persons having died on or after January 1, 1974 and before January 1, 1979, the competent authorities of the Contracting States may consult together with a view to eliminating double taxation not avoided by internal relief measures. To this purpose they may, under the provisions of Article 13, allow taxes of one Contracting State to be credited against taxes of the other Contracting State notwithstanding differences of internal rules regarding situs and domicile.

Article 18 Termination

This Convention shall remain in force until terminated by one of the Contracting States. Either Contracting State may terminate this Convention, through diplomatic channels, at any time after three years from the date on which this Convention enters into force provided that at least six months prior notice has been given. In such event the Convention will not apply to estates of persons dying after or gifts made after the December 31 next following the expiration of the six-month period.